

## Fragen der IPPNW zur Bundestagswahl

### Antworten der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

1. Sind sie für die Abrüstung der Bundeswehr und den Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der EU und der NATO? JA

Wir brauchen ein Ende der Aufrüstung. Die Kriege, die jetzt geführt werden, zu beenden und einen großen Krieg zu vermeiden ist vermutlich die wichtigste Aufgabe der Demokraten im Land. Dieses Land wird von keiner Macht bedroht. Die Bundeswehr muss also drastisch reduziert und schließlich abgeschafft werden.

Die meisten Kriegseinsätze Deutschlands werden im Rahmen der NATO geplant und geführt. Von der NATO geht die größte Gefahr für den Weltfrieden aus. Deutschland sollte deshalb aus dem Kriegs- und Aggressionsbündnis so bald wie möglich austreten. Die EU hat sich zu einem Imperium entwickelt, das bestrebt ist, sich weiter nach Osten und Süden auszudehnen. Sie ist keine friedliche Macht, sondern hat ihren Mitgliedsländern im Lissabon-Vertrag die Forderung nach mehr Rüstung auferlegt. Die DKP lehnt alle militärischen Strukturen und Vorhaben der EU ab.

2. Sind sie für den Abzug der Bundeswehr als allen Kriegseinsätzen? JA

Die DKP fordert den sofortigen Abzug aller Soldaten aus dem Ausland. Der Ausbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee verstößt gegen das Grundgesetz und den 2plus4-Vertrag. Im Sofortprogramm der DKP heißt es:

- alle Kriege, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist (Afghanistan, Syrien, Mali) werden sofort beendet.
- auch alle übrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr werden gestoppt.

3. Sind sie für ein Atomwaffenverbot durch die UN-Vollversammlung? JA

122 UN-Mitglieder haben in diesem Jahr ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Die neun bekannten Atomwaffenmächte, darunter die fünf UN-Vetomächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich, hatten die Verhandlungen boykottiert. Auch die meisten NATO-Staaten beteiligten sich nicht an den Gesprächen. Unter den Verweigerern war auch die Bundesregierung.

Wir fordern alle Atomwaffenstaaten, und dabei in erster Linie die USA, auf, den Forderungen des Atomwaffensperrvertrages nachzukommen und die Vernichtung des eigenen Atomwaffenarsenals einzuleiten. Allein eine umfassende Abrüstungspolitik der Atomwaffenmächte kann die Weiterverbreitung dieser Massenvernichtungswaffen verhindern.

4. Sind sie für den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und den Verzicht auf nukleare Teilhabe? JA

Die DKP hat sich in den letzten beiden Jahren im Rahmen der Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“ an den Aktionswochen vor dem Fliegerhorst in Büchel beteiligt, wo 20 US-Atombomben eingelagert sind, die im Kriegsfall von Bundeswehrpiloten abgeworfen werden. Erfolgreich haben wir und andere Gruppen den reibungslosen Ablauf auf dem Fliegerhorst durch Aktionen des zivilen Ungehorsams gestört.

Die nukleare Teilhabe Deutschlands ist ein zentraler Hebel, die militärische Potenz Deutschlands zu erhöhen und gleichzeitig die Aufrüstung der Bundeswehr voranzutreiben. Die Grundlage dafür bildet die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO. Deshalb sagen wir Kommunisten: NATO raus aus Deutschland – Deutschland raus der NATO!

5. Sind sie für die Kündigung des Truppenstationierungsvertrages, also für den Abzug aller ausländischen Truppen und Schließung ihrer Militärbasen? JA

Die DKP fordert den Abzug der US-Atombomben vom Fliegerhorst Büchel, die Schließung der US-Airbase Ramstein und der anderen US-Kommandozentralen wie AFRICOM und EUCOM in Stuttgart.

6. Sind sie für den Stopp aller Rüstungsexporte? JA

Die DKP fordert in ihrem Sofortprogramm das Verbot des Exports von Waffen und Rüstungsgütern aller Art. Das gilt auch für den Export in NATO-Staaten oder so genannte befreundete Länder.

7. Sind Sie für die Beendigung der Sanktionen gegen Russland? JA

Die DKP fordert das Ende der Konfrontation mit Russland und stattdessen Frieden und Zusammenarbeit mit Russland. Wir fordern den NATO- und Bundeswehrtruppenabzug aus Osteuropa. Über deutsches Territorium wurde in diesem Jahr der beispiellose NATO-Aufmarsch in Osteuropa abgewickelt, an dem die Bundeswehr selbst mit 500 Soldaten beteiligt ist. Wer für Frieden und Entspannungspolitik gegenüber Russland wirbt, muss konsequenterweise fordern: Austritt der Bundesrepublik aus der NATO!